

Gemeinschaftliches Wohnen und Leben in sozialökologischen Gemeinschaften

Handlungsempfehlungen an Behörden, Politik und Zivilgesellschaft

(Auszug aus der e5-Studie 'Ökologische Lebensstil-Avantgarden. Eine kurze Analyse sozialökologischer Gemeinschaften und ihres Innovationspotenzials'; Autor: Julio Lambing)¹

Sozialökologische Gemeinschaften und das gemeinschaftliche Wohnen haben trotz ihrer in absoluten Zahlen geringen Verbreitung ein hohen Wert für die Gesellschaft.² In Bezug auf die sozialökologischen Gemeinschaften liegt dieser Wert

- in ihrer Ausstrahlungskraft zur Etablierung nachhaltiger Lebensstile,
- in ihrer Funktion als Verdichtungscentren für sozial und ökologisch nachhaltige Innovationen und
- in der Möglichkeit, demographisch entleerte und sozial geschwächte Räume zu beleben.

Gerade von Abwanderung betroffene Regionen können sozialökologische Gemeinschaften für eine Wiederbelebung nutzen. Solche Regionen können niedrige Immobilienpreise, eine sozial übersichtliche Nachbarschaft, Naturnähe, bisweilen gute ökologische Bedingungen und räumliche Weite anbieten, mit denen sie bei ökologischen Lebensstil-Avantgarden punkten können.³ Raum-, Ressourcen- und Sozialpioniere kämpfen andererseits aber oft mit dem Problem, dass staatliche Regularien ihr Handeln massiv einschränken.⁴ So willkommen bürgerschaftliches Engagement in der Theorie ist, so verunsichernd fühlen sich lokale und regionale Behörden durch neue bürgerschaftliche Eigeninitiative, da dadurch angestammte Kompetenzaufteilungen neu geordnet werden. Dies gilt insbesondere, wenn dieses bürgerschaftliche Engagement nicht in traditionellen Formen (wie z.B. Freiwillige Feuerwehren und Schützenvereine) auftritt. Entsprechend unprofessionell, distanziert und schleppend wird oft mit den Wünschen und Anliegen von Raumpionieren umgegangen, was diese abschreckt. Sollen sozialökologische Gemeinschaften ihrer Funktion als demographische oder wirtschaftliche Entwicklungskerne gerecht werden, benötigen sie also Möglichkeitsräume und politische Entscheider, die solche Möglichkeitsräume eröffnen.

Ähnlich wie die sozialökologischen Gemeinschaften – wenn auch in abgeschwächter Form – bieten auch die neuen Formen gemeinschaftlichen Wohnens wie etwa Mehrgenerationen-Häuser, Cohousing etc. soziale wie ökologische Vorteile. So helfen sie etwa beim Aufbau eines zwischenmenschlichen Netzes, das in Ergänzung zu oder anstelle von (weggebrochenen) familiären Unterstützungsleistungen ältere Menschen in einem gewissen Maße zu tragen vermag, so dass diese nicht und deutlich verringert auf die Versorgungsstrukturen und -institutionen der Alterspflege angewiesen sind. Auch für andere Bevölkerungsgruppen, etwa für Familien, Alleinerziehende und Singles ermöglichen sie Formen zwischenmenschlicher Begegnung und nachbarschaftlicher Unterstützung. Zuspruch und Rat in Lebenskrisen, Unterstützung bei Krankheit, Aufsicht über Kinder, Versorgungstätigkeiten bei Gebrechlichkeit und Todesfall.

Kommunen, regionale und nationale Behörden sowie andere öffentliche Institutionen (Stiftungen, NGOs) sollten gemeinschaftliche Wohnformen und sozialökologischen Gemeinschaften fördern, um von deren positiven Effekten zu profitieren. Wie eine solche Unterstützung aussehen kann, wird in den folgenden Handlungsempfehlungen skizziert. Diese Empfehlungen sind hinsichtlich der bundesdeutschen Gegebenheiten formuliert, lassen sich aber auch auf Österreich und die Schweiz übertragen.

Empfehlungen zur Förderung des gemeinschaftlichen Wohnens

Vernetzung von Interessierten

Die Vernetzung von Menschen, die an gemeinschaftlichem Wohnen interessiert sind, sollte gefördert werden. Dazu können z.B. Räumlichkeiten bereitgestellt und beworben werden, die von interessierten Gruppen für Gruppengespräche genutzt werden können. Organisationen und Veranstaltungen können gefördert werden, die Möglichkeiten zur Begegnung und Vernetzung von Interessenten bieten. Dies kann auch in Verbindung mit Veranstaltungsformaten (Messen, Konferenzen, Festivals etc.) geschehen, in denen weitere Kompetenzen zum Aufbau gemeinschaftlicher Wohnformen vermittelt werden (siehe unten).

Bereitstellung eigener Flächen

Institutionen der öffentlichen Hand besitzen nicht selten Grundstücke und Gebäudesubstanz, die aufgrund ihrer Größe für gemeinschaftliches Wohnen gut geeignet sind. Nur wenige Kommunen und Städte haben bisher entsprechende Liegenschaftsfonds gebildet. Ein Screening solcher Projekte auf ihre generelle Tauglichkeit, ohne im Detail selbst zu prüfen, wie die gemeinschaftliche Wohnform realisiert wird, könnte durch entsprechende Experten des gemeinschaftlichen Wohnens erfolgen und öffentlich zugänglich gemacht werden. Insofern die öffentliche Hand veräußerbare Grundstücke besitzt, können diese zu vergünstigten Bedingungen an solche Initiativen für gemeinschaftliche Wohnformen vergeben oder zur Verfügung gestellt werden, die eine gemeinnützige Orientierung aufweisen. Die Behörden können bei großer Nachfrage auch Ausschreibungen so formulieren, dass gemeinschaftliche Wohnformen relevante soziale und ökologische Belange erfüllen.

Ausbau standardisierter Angebote für gemeinschaftliche Wohnformen

Bisher trauen sich viele Wohnungsbaugesellschaften nicht daran, großflächig Angebote für gemeinschaftliches Wohnen zu entwickeln. Hier könnten öffentliche Institutionen wie der Bund oder die Länder im Verbund mit der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft spezielle Arbeitskreise initiieren und fördern, in denen solche Angebote systematisch besprochen, entwickelt und in standardisierte, marktaugliche Formen gebracht werden.

Angebote und Materialien zur Kompetenzerweiterung

Das Gründen und vor allem das Stabilisieren von sozialökologischen Gemeinschaften setzt einige Kompetenzen voraus. Hier sind vor allem relevant:

- a) Fähigkeiten zur konstruktiven Gruppenbildung und -auseinandersetzung, Know-how bei Entscheidungsformen und bei der zwischenmenschlichen Kommunikation (Dies wird von erfahrenen Gemeinschaftsaktivisten oft als wichtigste Kompetenz für das Gelingen eines Wohnprojekts genannt.)
- b) Expertise, um Gebäudesubstanz, Sanierungsbedarf oder Bauvorhaben hinsichtlich der Eignung zum gemeinschaftlichen Wohnen und des notwendigen Aufwands an Arbeit, Materialien und Finanzen realistisch beurteilen zu können
- c) Wissen über passende Finanzierungsinstrumente bei Kauf oder (Aus-)Bau von Gebäuden, deren jeweilige Bedingungen und Konsequenzen
- d) Know-how zur Projektentwicklung, zum partizipativen Design und zum Baumanagement
- e) Know-how zur Gründung und adäquaten Management von Trägerinstitutionen, um als institutioneller Partner bei der Vergabe von Darlehen und Kredite, Förderungen und bevorzugten Genehmigungen zu erhalten

Das Heranziehen von externer Expertise ist teuer, der Aufbau eigenen Know-hows zeitintensiv und

in der Regel mit Ausbildungskosten verbunden. Öffentliche Institutionen, die an der Stärkung von sozialökologischen Gemeinschaften interessiert sind, können einerseits Bildungsangebote in Form von Informationsmaterial, Kursen oder Konferenzen fördern, in denen das Know-how zur Abschätzung baulicher Maßnahmen, zu Finanzierungsinstrumenten und zur Gründung von Trägerinstitutionen vermittelt wird. Andererseits sind auch öffentlich geförderte Beratungsstellen oder die bezuschusste Nutzung von Experten, die von Gruppen konsultiert werden, möglich. Letzteres existiert in einer ganzen Reihe von Städten, jedoch weder bundesweit noch in den meisten von Abwanderung betroffenen ländlichen Regionen.

Ausbau standardisierter Finanzangebote und Sicherung zivilgesellschaftlicher Finanzierungsmöglichkeiten

Viele Gemeinschaften und Projekte des gemeinschaftlichen Wohnens berichten, dass privatwirtschaftliche Finanzinstitute sich mit Finanzierungen gemeinschaftlicher Wohnformen schwertun. Öffentliche Institutionen wie der Bund oder die Länder könnten im Verbund mit privaten wie öffentlichen Finanzdienstleistern (neben der KfW z.B. die GLS-Bank, regionale Sparkassen und Volksbanken sowie Banken, die ein besonderes Nachhaltigkeitsprofil anstreben) spezielle Arbeitskreise initiieren und fördern, in denen solche Angebote systematisch besprochen, entwickelt und in standardisierte, markttaugliche Formen gebracht werden.

Gemeinschaftliche Wohnprojekte werden nicht selten durch private Finanzierungen jenseits des bankenvermittelten Finanzmarktes gestützt. Aktuell ist deshalb darauf zu achten, dass die Regulierung des grauen Kapitalmarktes durch die jüngst geplanten Kleinanlegerschutzmaßnahmen der deutschen Bundesregierung (etwa bei Nachrangdarlehen wie z.B. Direktkrediten) nicht die bürgerschaftliche Finanzierung von Wohnprojekten erschwert oder verhindert.

Ausbau standardisierter Organisationsformen

Gemeinschaftliches Wohnen bedarf besonderer Organisationsformen. Von der Stiftung Trias, dem Mietshäuser-Syndikat oder auch der i3-Community liegen erste Lösungen vor, die sich jedoch immer noch an komplizierten rechtlichen Vorgaben reiben. Öffentliche Institutionen wie der Bund oder die Länder könnten im Verbund mit solchen Organisationen Arbeitskreise initiieren, in denen solche rechtlichen Strukturen weiterentwickelt werden und zugleich geprüft wird, ob und wie der Gesetzgeber hier wirken kann.

Ausstrahlungskraft des gemeinschaftlichen Wohnens steigern

Um die Leuchtkraft von gemeinschaftlichen Wohnprojekten und sozialökologischen Gemeinschaften zu steigern, können öffentliche Akteure in ihren Informationsangeboten über nachhaltige Entwicklung verstärkt sozialökologische Projekte vorstellen. Kommunale Akteure können die Projekte in ihren regionalen Informationsangeboten unter dem Stichwort nachhaltige Entwicklung aufführen. Selbstverständlich sind öffentliche Auszeichnungen und Preise ausgesprochen wertvoll für solche Projekte, um Ressentiments über Nachhaltigkeitspioniere zu mindern. Hier könnten auch spezielle Wettbewerbe etwa mit Institutionen des gemeinschaftlichen Wohnens geschaffen werden (Stiftung trias, Mietshäuser-Syndikat, Forum Gemeinschaftliches Wohnen, wohnbund, Global Ecovillage Network of Europe).

Empfehlungen zur Förderung von sozialökologischen Gemeinschaften

Während die oben erwähnten Maßnahmen allen Formen des gemeinschaftlichen Wohnens zuträglich sind, sollen nun Maßnahmen vorgeschlagen werden, die die Ausstrahlungskraft speziell von Ökodörfern und anderen sozialökologischen Gemeinschaften zu steigern und zugleich für eine nachhaltige regionale Entwicklung zu nutzen.

Ausnahmeregelungen für Baumaßnahmen und den Einsatz von Technik

Gemeinschaftliche Wohnformen und im Speziellen sozialökologische Gemeinschaften setzen oft ungewöhnliche Nachhaltigkeitstechnologien ein. Kommunale Bestimmungen zu Land- und Wassernutzung und Bauvorschriften stehen oft dem Einsatz von neuen Nachhaltigkeitstechnologien entgegen. Beispielhaft seien hier komplizierte Auflagen für Komposttoiletten oder besondere Bauformen genannt. Ähnliches gilt für Zwänge zur Bereitstellung nicht benötigter PKW-Parkplätze oder für die zwangsweise Einbindung in das öffentliche Netz zur Wasserversorgung oder -entsorgung (was z.B. den Einsatz von neuen Formen der biologischen Abwasserklärung durch Pflanzenkläranlagen sinnlos macht). Soll ein Standort für sozialökologische Gemeinschaften attraktiv sein, ist müssen kommunale Behörden bürokratische Hürden abbauen, z.B. durch Ausnahmeregelungen und Standardöffnungen. Die nationale Politik kann diesen Prozess unterstützen, indem sie sich mittels Öffentlichkeitskampagnen dafür einsetzt, dass Kommunen in diesen Angelegenheiten deutlich großzügiger verfahren, um gemeinschaftliches Wohnen und Leben zu fördern.

Beseitigung steuerlicher und sozialversicherungsrechtlicher Nachteile

Sozialökologische Gemeinschaften weisen ähnliche Mechanismen des Teilens, der sozialen Lastenteilung und der Subsistenzwirtschaft wie eheliche Solidargemeinschaften auf, werden dafür aber durch steuerrechtliche und sozialversicherungsrechtliche Vorgaben eher bestraft als belohnt. Nötig wären steuerliche Regelungen, die doppelte steuerliche Belastungen vermeiden, als auch Regelungen, die die Entlastung der Solidarsysteme durch die Gemeinschaften unmittelbar oder mittelbar (über anderweitige Entlastungen) honorieren. Nützlich wäre zum einen die Errichtung eines Arbeitskreises, der Finanzbehörden, Kommunen und Gemeinschaften an einen Tisch bringt, um Vorschläge und Lösungen im steuerlichen Bereich zu erarbeiten und zu diskutieren. Hilfreich wäre zum anderen ein Gesprächskreis zwischen Institutionen der Sozial- und Krankenversicherung, Kommunen und Gemeinschaften, um Gleiches für den Bereich der sozialstaatlichen Versicherungen und der Grundsicherungsleistungen zu tun.

Kommunalpolitische Gesprächskreise

Sozialökologische Gemeinschaften haben ähnlich wie Unternehmen Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft, Bevölkerung und Ökologie. Sie sind jedoch Akteure, die ganz bewusst die Entwicklung von Regionen im Sinne einer ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit anstreben. Kommunen und Städte teilen dieses Ziel, müssen aber vielfältige Aktivitäten und Impulse koordinieren und eine Gesamtstrategie zur regionalen nachhaltigen Entwicklung formulieren. Sowohl auf übergreifender Ebene (etwa kommunale Spitzenverbände) als auch auf regionaler und kommunaler Ebene sind Foren, Workshops oder Gesprächskreise sinnvoll, in denen Gemeinschaften und Behörden sich über jeweilige Anliegen und Vorhaben austauschen, Aktivitäten im Bereich der nachhaltigen Entwicklung abstimmen und Möglichkeiten von Kooperationen eruieren. Naheliegende Themen sind je nachdem: Tourismus (Tagungshäuser und Bildungsarbeit), gemeinschaftliche Wohnmodelle (insbesondere auch Altenwohnmodelle und Mehrgenerationenwohnen), Schulen, Regionalwirtschaft, Umweltbewusstseinsinitiativen, soziales Engagement, Einsatz von Ökotechnologien, Belebung und Bewerbung von Dörfern oder Quartieren und anderes.

Allgemeine Stärkung der Außenwirkung

Gesellschaftliche Institutionen können die Ausstrahlungskraft sozialökologischer Gemeinschaften durch eine öffentliche Anerkennung ihres Engagements stärken. Dazu gehört die explizite

Nennung, was in solchen Gemeinschaften vorbildlich ist, und welche Lektionen die Gesamtgesellschaft von ihnen lernen kann – betreffen diese nun den Einsatz spezieller Nachhaltigkeitstechnologien, bestimmte Wohnformen, die Bildungsarbeit oder den alltäglichen Umgang mit Menschen und stofflichen Ressourcen. Eine solche Anerkennung kann in politischen Dokumenten, in Stellungnahmen für die Presse, auf Websites und auch in Preisverleihungen erfolgen.⁵

Obwohl sozialökologische Gemeinschaften von einer öffentlichen Bewerbung durch staatliche oder kommunale Institutionen als Vorzeigorte nachhaltigen Lebens profitieren, sollte nicht übersehen werden, dass in fast allen sozialökologischen Gemeinschaften das nachhaltigkeitspolitische Engagement als auch die Öffentlichkeitsarbeit ehrenamtlich erfolgt. Eine Vielzahl ihrer Mitglieder berichtet von zeitlicher Überlastung, die nicht zuletzt auf bürgerschaftliches Engagement zurückgeht. Wer also die Ausstrahlungskraft der sozialökologischen Gemeinschaften zur Bewerbung nachhaltiger Lebensstile steigern will, tut also gut daran, die ehrenamtlichen Belastungen nicht noch zu erhöhen, sondern das allgegenwärtige gemeinnützige Engagement zu erleichtern – sei es durch finanzielle Förderung, durch personelle Hilfestellungen (etwa bei behördlichen Genehmigungsverfahren, bei Förderanträgen oder bei Wettbewerben) oder durch Ressourcen wie Treffpunkte, Gebäude, Land.

Stärkung der Bildungsarbeit in und durch sozialökologische Gemeinschaften

Die Bildungsarbeit von sozialökologischen Gemeinschaften hat den Vorteil, dass sie sowohl unmittelbar in ihren Kursen Nachhaltigkeitswissen weitergibt als auch vor Ort die Teilnehmer und Teilnehmerinnen solcher Workshops in gemeinschaftliche Praktiken und die selbstverständliche Nutzung von innovativen Nachhaltigkeitstechnologien einübt. Diese doppelte Bildungsarbeit im Sinne nachhaltiger Entwicklung der sozialökologischen Gemeinschaften kann durch finanzielle Förderungen gestärkt werden – entweder durch direkte Förderungen einzelner Kurse oder dadurch, dass öffentlich finanzierte Programme für nachhaltige Bildung Ökodörfer als Veranstaltungsorte nutzen. Die oben angesprochenen Fortbildungsangebote zur Förderung des gemeinschaftlichen Wohnens könnten auch durch die Bildungseinrichtungen der Ökodörfer und sozialökologischen Gemeinschaften selbst erfolgen und durch eine zweckgebundene öffentliche Förderung gestützt werden. Zudem können Institutionen der öffentlichen Hand selbst ihre Fortbildungsveranstaltungen an solchen Orten durchführen – der Lehreffekt wäre enorm.

Die Attraktivität eines Ortes für eine sozialökologische Gemeinschaft hängt nicht zuletzt davon ab, welche Möglichkeiten bestehen, vor Ort reformpädagogische Schulen oder Kindertagesstätten zu nutzen oder selbst zu gründen. Immer wieder berichten Gemeinschaften davon, dass eine Freie Schule oder zumindest eine Schule ein besonderer Anziehungspunkt für weitere Gemeinschaftsinteressierte ist. Gerade im ländlichen Raum ist für Familien die Frage, ob Bildungseinrichtungen für Kinder nahe gelegen sind, zentral, oft sogar entscheidend für die Wahl ihres Wohnortes.⁶ Hier können Behörden helfen, indem sie Schulgebäude zur Verfügung stellen, beim Erhalt von Zwergschulen mitwirken oder Förderung und Genehmigung von Freien Schulen vereinfachen.

Wissenschaftliche Forschung und Dokumentation sozialtechnologischer Innovationen

Ministerien und Behörden, die an der Erforschung neuer sozial und ökologisch nachhaltiger Praktiken und Technologien interessiert sind, sowie Institutionen, die sich mit Umweltpolitik, Sozialpolitik und Technologieförderung beschäftigen, können das Nachhaltigkeits- und Transferpotenzial einzelner Innovationen in Ökodörfer verstärkt untersuchen. Sozialökologische Gemeinschaften sind gut geeignete Forschungsobjekte, um die Anschlussfähigkeit bzw. auch mögliche Nutzungsweisen für den Einsatz ökologisch anspruchsvoller Technologien zu erkunden, die eine erhöhte Anpassungsleistung voraussetzen.

Es ist jedoch wenig nachhaltig, wenn hervorragend finanzierte Wissenschaftsorganisationen die zeitlichen Ressourcen der Bewohner und Bewohnerinnen von sozialökologischen Gemeinschaften in einer Weise nutzen, dass deren Belastungen weiter ansteigen. Sinnvoller ist die Stärkung wissenschaftlicher Forschung in den Gemeinschaften selbst. Dies kann durch die Initiierung und Unterstützung wissenschaftlicher Programme erfolgen, bei denen mittels der formalen Trägerorganisationen der Gemeinschaften, durch eigens gegründeten Vereinen zur wissenschaftlichen

Forschung oder durch die Dachorganisationen der Gemeinschaftsbewegung geeignete Wissenschaftler finanziert werden, die selbst in Gemeinschaften leben.

Die schriftlichen und visuellen Methoden zur Verbreitung und Dokumentation von technischem Wissen, wie sie in der Open-Knowledge- und Open-Hardware-Bewegung genutzt werden, könnten helfen, das Wissen der Ressourcenpioniere zu bewahren und zu verbreiten. Es sind bereits Dokumentationssysteme für Nachhaltigkeitstechnologien vorhanden, wie opensourceecology oder akvopedia. Sie sind jedoch wenig userfreundlich aufgebaut. Die wichtigsten Angebote sind nur auf Englisch verfügbar. Hier könnten kleine Förderprojekte zur besseren Gestaltung als auch zur Übersetzung hilfreich sein. Für die Dokumentation der sozialökologischen Innovationen, die in Gemeinschaften erforscht und getestet werden, gilt jedoch ähnliches wie bei der wissenschaftlichen Erforschung. Die Dokumentation von Techniken und Experimenten ist für Tüftler deutlich weniger spannend und befriedigend als die Forschung selbst. Ein eigenes Förderprogramm, in dem solche Dokumentationen durch wissenschaftliche Akteure der Gemeinschaften finanziert wird, würde deutlich erfolgreicher sein.

Stärkung der digitalen Vernetzung

Da Raumpioniere auf vernetzte Strukturen und eine intensive Kommunikation mit ihrer Umgebung setzen, nutzen sie auch eine Vielzahl neuer Medien.⁷ Gerade in sozialökologischen Gemeinschaften ist der Anteil von Unternehmern und Unternehmerinnen, Selbstständigen und Freiberuflern sehr hoch, die gewohnt sind eigenmotiviert und zeitflexibel zu arbeiten. Je mehr sie digitale Vernetzungstechnologien, möglichst in Breitbandgeschwindigkeit nutzen können, desto mehr kommt dies ihrer Home-Office-Tätigkeit zugute, desto eher können sie auch das eigene Geschäft ausbauen und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Eine Kooperation mit ihnen, um vor Ort die Versorgung mit digitaler Infrastruktur zu stärken, nützt auch der jeweiligen gastgebenden Gemeinde. Durch gute Internet-Verbindungen werden Reisezeiten gespart und abgelegenen ländlichen Räume eine Verringerung der Standortnachteile ermöglicht.⁸

Institutionelle Einbindung

Kommunale wie staatliche Institutionen, aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich der nachhaltigen Entwicklung verschrieben haben, können generell die Expertise und das Engagement von sozialökologischen Gemeinschaften für eine nachhaltige Entwicklung nutzen. Dies kann einerseits dadurch erfolgen, dass solche Gemeinschaften eingeladen werden, in Gremien, Organisationen und Initiativen mitzuarbeiten, andererseits auch dadurch, dass Behörden und Institutionen bereit sind, den Trägerorganisationen der Gemeinschaften (seien dieses nun GmbHs, Genossenschaften oder Vereine) verantwortlich oder beratend zur Seite zu stehen – sei es durch Mitgliedschaft in den Trägervereinen, in Aufsichtsräten oder in beratenden Beiräten.⁹

Eine solche Einbindung muss jedoch sensibel erfolgen. Weil sozialökologische Gemeinschaften Pioniere sind, mussten sie oft gegen Hindernissen und Ressentiments ankämpfen. Ihre Mitglieder möchten nicht als Ausputzer für jene Probleme fungieren, die durch verfehlte Wirtschaftsstrukturen entstanden sind – Probleme vor denen Gemeinschaftsaktivisten schon seit langem gewarnt haben. Gegenüber Instrumentalisierung und Bevormundung reagieren sie empfindlich. Sozialökologische Gemeinschaften werden sich immer gegen nachhaltigkeitspolitische Maßnahmen wehren, die von ihnen als staatliche Steuerung wahrgenommen werden. Lieber verzichten sie auf Unterstützung. Zudem durchzieht sozialökologische Gemeinschaften eine gehörige Skepsis gegenüber staatlichen bürokratischen Organisationen, deren formaler Managementstil, hierarchische Arbeitsweisen und Steuerungsanspruchs gegenüber den Lebenswelten oft eher als Teil des Problems denn als Teil der Lösung gesehen wird. Im Umgang mit Funktionseliten der politischen Verwaltung sind viele auch ungeübt. Vor allem pflegen Angehörige sozialökologischer Gemeinschaften einen wesentlich offeneren Kommunikationsstil, in dem persönliche Bedürfnisse und Emotionen artikuliert werden und in dem das Innehalten, sichtbare Überlegen und Ruhe wichtige Werte sind. Das ist für Gesprächspartner aus der Mainstream-Gesellschaft oft gewöhnungsbedürftig.

- 1 Diese Handlungsempfehlungen sind Bestandteil der Studie *Ökologische Lebensstil-Avantgarden. Eine kurze Analyse sozialökologischer Gemeinschaften und ihres Innovationspotenzials* von Julio Lambing, die von e5 im Jahr 2014 veröffentlicht wurde. Diese beruht auf einer Veranstaltungsreihe zur Erforschung und Diskussion von Ökodörfern und anderen sozialökologischen Gemeinschaften, die e5 in Kooperation mit dem Global Ecovillage Network of Europe 2013 durchführte. Die Studie erforscht die Chancen, die solche Gemeinschaften unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit für die moderne Gesellschaft spielen.
- 2 Siehe dazu Julio Lambing (2014): *Ökologische Lebensstil-Avantgarden. Eine kurze Analyse sozialökologischer Gemeinschaften und ihres Innovationspotenzials*; hrsg. von European Business Council for Sustainable Energy (e5); Karben
- 3 Ulf Hahne (2009): *Zukunftskonzepte für schrumpfende ländliche Räume. Von dezentralen und eigenständigen Lösungen zur Aufrechterhaltung der Lebensqualität und zur Stabilisierung der Erwerbsgesellschaft*; in: *Neues Archiv für Niedersachsen. Zeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesentwicklung*. Heft 1/2009. Hannover, S. 2 – 25; S.15
- 4 Kerstin Faber (2013): *Raumpioniere. Vom Bürgerbus bis zur Schulgründung – neue Wege der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen*; in: *Der Kritische Agrarbericht 2013. Daten, Berichte, Hintergründe, Positionen zur Agrardebatte. Schwerpunkt Agrarreform*; Hamm (Westfalen): *Abt Bauernblatt*; S. 161 – 164; S. 163
- 5 Robert Harvey Boyer (2013): *Transitioning to Sustainable Urban Development: A Niche-Based Approach*; PhD. Diss. in Regional Planning; University of Illinois at Urbana-Champaign; S. 215
- 6 Ute Roericht, Angela Kunz (2007): *Bewertung der Nachhaltigkeit ländlicher Entwicklung in Bezug auf die Ansiedlung junger Familien in ländlich geprägten Dörfern des Freistaates Sachsen*; Schriftenreihe der Sächsischen Landesanstalt für Landwirtschaft, Heft 32; Dresden; S.35 – 39. Sowie: *nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH (2007): Abschlussbericht zum Projekt 'Wege zu einer nachhaltigen Bevölkerungspolitik in Sachsen- Anhalt – Ländliche Lebensmodelle junger Menschen und Familien'*; Berlin; S. 36 f.
- 7 Siehe Ulf Matthiesen (2013): *Raumpioniere und ihre Möglichkeitsräume*; in: Kerstin Faber, Philipp Oswald (2013): *Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge*; S. 153 – 161
- 8 Steffen Ortwein (2013): *Breitband als Element zukunftsfähiger ländlicher Versorgungsstrukturen*; in: *Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hrsg.) (2013): Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck. Wie reagieren auf den demographischen Wandel?* Bonn; S. 25 – 29
- 9 Robert Harvey Boyer (2013): *Transitioning to Sustainable Urban Development: A Niche-Based Approach*; PhD. Diss. in Regional Planning; University of Illinois at Urbana-Champaign; S. 215

Der 1996 gegründete, branchenübergreifende Wirtschaftsverband European Business Council for Sustainable Energy (e5) setzt sich für Klimaschutz, eine nachhaltige Nutzung von Energie und den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft ein. Seit 2008 beschäftigt er sich mit gemeingüterbasierten Wirtschaftsformen und der Frage, wie die Wirtschaft zu nachhaltigen Lebensstilen beitragen kann.

Dieser Text entstand im Rahmen des Projekts „Ökodörfer als Modelle gelebter Nachhaltigkeit. Projektstrang: Nachhaltige Lebensstile durch Gemeingüterökonomie“.

FÖRDERHINWEIS

Dieses Projekt wurde gefördert durch



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit



Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt ausschließlich beim Autor. Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Projektförderer dar.